

Sommer bedauert die Entscheidung zum Zuwanderungsgesetz

„Eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft unseres Landes scheitert an einem inszenierten Abstimmungstheater im Bundesrat“, kommentierte DGB-Vorsitzender Michael Sommer die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Rechtmäßigkeit der Bundesratsabstimmung über das Zuwanderungsgesetz. „Nicht die Union hat mit dem Urteil gewonnen, die Demokratie hat verloren“, sagte Sommer am 18. Dezember 2002 in Berlin. „Die Ministerpräsidenten müssen bei ihrer Haltung im Bundesrat wieder stärker die Interessen der Länder in den Vordergrund stellen, statt partei- oder wahlkampfaktischer Überlegungen“, forderte Sommer.

„Trotz der Entscheidung des Verfassungsgerichts geht kein Weg an dem längst überfälligen Perspektivwechsel in der Einwanderungs- und Integrationspolitik vorbei“, sagte der DGB-Vorsitzende. Die Bundesregierung müsse nun das Zuwanderungsgesetz in der ursprünglichen Form erneut auf den Weg bringen. „Eine Aufspaltung des Gesetzes und eine Entscheidung über einzelne Bereiche, wie der Integration, ist mit uns nicht zu machen. Für uns muss das Zuwanderungsgesetz als Gesamtpaket beschlossen werden“, sagte Sommer.

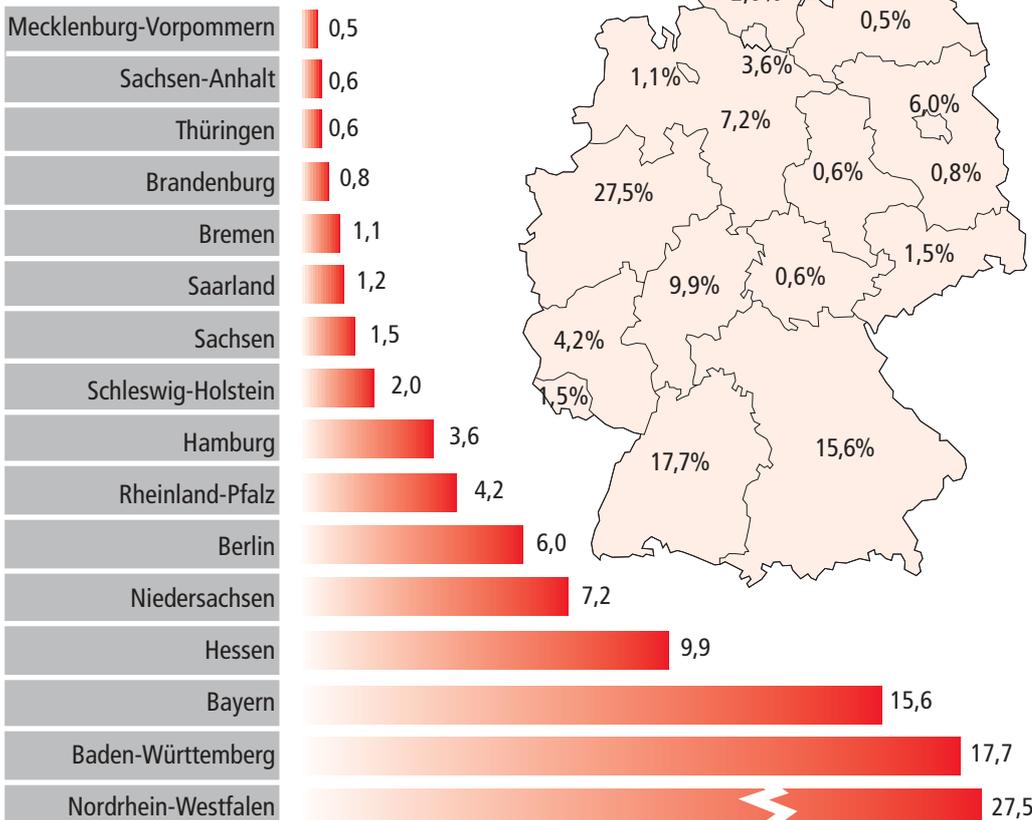
Die Forderungen der Union für einen neuen Kompromiss seien für den DGB



nicht akzeptabel. Deutschland müsse seine humanitären Verpflichtungen einhalten, daher dürfe es keine Einschränkungen geben. „Der so genannte Anwerbestopp ist durch eine gestaltende Einwanderung von Arbeitskräften zu ersetzen“, sagte Sommer.

ZAHLENWERK

Ausländer in Deutschland. So viel Prozent aller Ausländer leben in



Ausstellung über Zuwanderung
nach Niedersachsen

Ein neues Zuhause

„hier geblieben - Zuwanderung und Integration in Niedersachsen“ ist der Titel einer Ausstellung, die noch bis zum 16. Februar 2003 im Historischen Museum in Hannover zu sehen ist. Die Ausstellung stellt die verschiedenen Gruppen vor, die nach Niedersachsen gekommen sind und hier ein Zuhause gefunden haben.

Jene, die zuerst kamen, waren deutsche Flüchtlinge und Vertriebene. Niedersachsen war eines der Hauptaufnahmelande für diese Menschen. Sie stellten nach dem zweiten Weltkrieg über ein Viertel der Bevölkerung. Rund zehn Jahre später kamen die ersten Arbeitsmigranten ins Land. Wie zuvor die deutschen Flüchtlinge, die in Lagern untergebracht wurden, lebten auch sie zunächst räumlich isoliert von den Einheimischen.



Die nächste Gruppe waren die AussiedlerInnen und SpätaussiedlerInnen, die zurück in die Heimat ihrer Vorfahren kamen. Auch für sie war Niedersachsen mit dem „Grenzdurchgangslager“ Friedland die erste Station in Deutschland. Bei der Gruppe der Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlingen stellt die Ausstellung einen Prominenten vor, der als Kind mit seinen Eltern aus Ghana nach Deutschland kam: Gerald Asamoah, inzwischen deutscher Fußballnationalspieler. Erwähnung finden schließlich auch jene Menschen, die sich „illegal“ in Niedersachsen aufhalten.

32. Recklinghäuser Tagung

So oder so: Zuwanderung ganz oben auf der Tagesordnung

Am 7. Dezember 2002 fand die 32. Recklinghäuser Tagung der IG BCE statt. Über 350 TeilnehmerInnen - die allermeisten Betriebsratsmitglieder - diskutierten das Thema „Zuwanderung gestalten - Integration fördern“.

„Wenn das Bundesverfassungsgericht das Zuwanderungsgesetz kippt, steht Deutschland ein langer, quälender Prozess bevor.“ So Rita Süßmuth, die Vorsitzende des Migrationsbeirats beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in einer Podiumsdiskussion während der Tagung. Wie immer die Entscheidung ausfalle, ergänzte Ulrich Freese, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE, müsse das große gesellschaftliche Projekt Zuwanderung für Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber und Kirchen ganz oben auf der Tagesordnung bleiben.

Ein Schwerpunkt bei der Integration müsse das Erlernen der Sprache sein - darin waren sich alle Teilnehmenden der Podiumsdiskussion einig, neben Süßmuth und Freese waren das DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer und der nordrhein-westfälische Innenminister Fritz Behrens. Der Innenminister verwies allerdings darauf, dass ein Mehr für Integration sehr viele Kosten mit sich bringe. Heinz Putzhammer hatte in

Die Ausstellung blickt nicht von außen auf die MigrantInnen; vielmehr kommen sie als Betroffene selbst zu Wort. Sie berichten von ihren Erfahrungen und Erinnerungen, ihren Erwartungen, Enttäuschungen und Erfolgen.

Begleitet wird die Ausstellung von verschiedenen Veranstaltungen. Dazu gibt es ein Begleitbuch zur Ausstellung, das in Form eines Katalogs die Exponate dokumentiert (Preis 4,- Euro) und einen von Klaus J. Bade und Jochen Oltmer herausgegebenen Begleitband,

diesem Zusammenhang daran erinnert, dass die Teilnahme an Integrationskursen nur für einen Teil der Betroffenen offen ist. Gleichwohl wertete Putzhammer das Zuwanderungsgesetz als wichtigen ersten Schritt zum Perspektivwechsel in der Einwanderungs- und Migrationspolitik.

Kritik übte Putzhammer an der Entscheidung der Innenministerkonferenz, MigrantInnen, die länger als fünf Jahre „geduldet“ in Deutschland leben, keinen sicheren Aufenthaltsstatus einzuräumen. Dies wäre nicht nur aus humanitären Gründen wichtig, so Putzhammer. Auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht sei es unsinnig, Arbeitskräfte anzuwerben und gleichzeitig diejenigen, die bereits lange in Deutschland leben, einen sicheren Aufenthalt und damit einen gleichrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt zu verwehren.

Die Recklinghäuser Tagung findet alljährlich am ersten Samstag im Dezember statt und befasst sich traditionell mit Fragen der Migrationspolitik.

Die Rede von Ulrich Freese, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands, steht im Fax-Abruf unter der Nummer 0211/4301-618 und im Internet unter www.migration-online.de/freese zur Verfügung.

in dem „Zuwanderung und Integration in Niedersachsen“ - so der Titel - wissenschaftlich aufgearbeitet werden (Preis 18,90 Euro). Pädagogische Materialien zur Ausstellung schließlich sind über die Landeszentrale für politische Bildung zu beziehen (Tel.: 0511/3901-290)

Informationen: Historisches Museum Hannover, Pferdstr. 6, 30159 Hannover
Tel.: 0511/ 168-43052/ 43352
Fax: 168-45003
Internet: www.hannover.de

Die Themen

Seite 1

DGB zum Entscheid des Bundesverfassungsgerichts Sommer bedauert die Entscheidung zum Zuwanderungsgesetz

ZAHLENWERK

Ausländer in Deutschland. So viel Prozent aller Ausländer leben in...

Seite 2

Ausstellung über Zuwanderung nach Niedersachsen Ein neues Zuhause

32. Recklinghäuser Tagung So oder so: Zuwanderung ganz oben auf der Tagesordnung

Seite 3

Polnischer Sozialrat Unfallversicherung auch für „illegale“ Haushaltshilfen

Zuwanderung in Europa (4) Schweiz: 20 Prozent AusländerInnen

Menschenhandel EU-Kommission verstärkt Maßnahmen

Seite 4

KOMMENTAR Schwester Cornelia Bührle „Menschen ohne Aufenthaltsrecht und Duldung“

Unfallversicherung auch für „illegale“ Haushaltshilfen

Haushaltshilfen können über die „Gesetzliche Unfallversicherung der Unfallkassen“ in den Genuss von Versicherungsschutz kommen. Das gilt auch für den Fall, dass sie ohne geregelten Aufenthaltsstatus illegal beschäftigt sind. Darauf verweist der Polnische Sozialrat ZAPO, eine Beratungsstelle für MigrantInnen aus Osteuropa.

Oftmals wird bei Beschäftigten ohne notwendige Dokumente nach einem Unfall von einer ärztlichen Behandlung abgesehen, weil eine Bestrafung der Beteiligten befürchtet wird. Es kann aber eine Versicherung auf den Namen des Arbeitgebers - „Haushaltsvorstand“ - abgeschlossen werden, der Name des Beschäftigten muss nicht angegeben

werden. Bei einem Unfall muss die Haushaltshilfe angeben, dass sie in einem Haushalt beschäftigt ist, dass rechnet der Arzt unter Angabe des Namens des Arbeitgebers mit der Unfallkasse ab. Nach deren Auskunft wird der Name des Patienten nicht an andere - etwa die Ausländerbehörde - weitergegeben. Die Versicherung kostet den Arbeitgeber 90

Euro pro Jahr, 45 Euro bei weniger als zehn Stunden Arbeitszeit pro Woche.

Informationen bei:
Polnischer Sozialrat ZAPO e.V.
Oranienstr.34, 10999 Berlin
Tel.: 030/615 17 17
E-Mail: polskarada@t-online.de
Internet: www.polskarada.de

Zuwanderung in Europa (4)

Schweiz: 20 Prozent AusländerInnen



Die Schweiz hat nicht den Ruf eines liberalen Einwanderungslandes. Eine Verschärfung des Asylrechts fand aber in der Bevölkerung keine Mehrheit bei einer Volksabstimmung Ende November. Mit dem knappen Nein der Eidgenossen gegen die Verfassungsinitiative der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei blieben sie ihren humanistischen Traditionen treu. Die Rechtspopulisten wollten eine Änderung des Asylrechts auf direktdemokratische Weise erreichen.

Vorgesehen war neben der Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge die Einführung der so genannten Drittstaatenregelung. Dies hätte bedeutet, dass der größte Teil der Asylanträge nicht mehr bearbeitet würde, sofern der Asylbewerber aus einem sicheren Transitland einreist. Damit hätte die Schweiz eines der schärfsten Asylgesetze bekommen. Nur eine Minderheit der Flüchtlinge hätte weiterhin über die Schweizer Flughäfen einreisen dürfen. Die Folge wäre eine starke Zunahme der illegalen Einwanderung in die Schweiz gewesen. Ein Problem der Schweizer Flüchtlingspolitik ist es, dass die Regierung kein Abkommen mit den Schengen-Ländern vereinbart hat. Abgelehnte Asylbewerber aus einem Schengen-Land können erneut einen Antrag in der Schweiz stellen.

Rund 1,4 Millionen AusländerInnen leben heute in der Schweiz, dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von

rund 20 Prozent. Neben Luxemburg hat die Schweiz einen der höchsten Ausländeranteile in Europa. Die Zuwanderung ist aber dafür nicht der Hauptgrund sondern das Resultat der strikten Einbürgerungsbestimmungen. Die Schweizer Staatsbürgerschaft wird erst nach 12jährigem Aufenthalt erteilt. Neben hohen Gebühren muss der Bewerber voll integriert sein. In der Praxis dauert die Einbürgerung in vielen Fällen wesentlich länger, da viele Kommunen und Kantone ebenfalls einen bestimmten Mindestaufenthalt verlangen. Die einheimische Wirtschaft ist dennoch auf Zuwanderung angewiesen. Neben ausländischen Saisonarbeitskräften in der Bauindustrie, Gastronomie und im sozialen Bereich suchen die Unternehmen hochqualifizierte Fachkräfte. Der Wohlstand der Schweiz wäre ohne ausländische Arbeitskräfte undenkbar gewesen. Eine Zustimmung für die Verfassungsinitiative hätte daher negative Folgen für Wirtschaft und Wohlstand bedeutet.

Menschenhandel

EU-Kommission verstärkt Maßnahmen

Die bei der EU-Kommission für Beschäftigung und Soziales zuständige Kommissarin Anna Diamantopoulou hat angekündigt, verstärkt gegen den Menschenhandel vorzugehen. Schätzungsweise 120.000 Frauen und Kinder - die meisten davon aus Mittel- und Osteuropa - werden jährlich nach Westeuropa verkauft. Diamantopoulou will eine neue Haushaltslinie von 300.000 Euro dazu benutzen, um ein Netzwerk von Organisationen zu schaffen, die sich in Europa um die Opfer von Menschenhandel kümmern. Diese bestehenden Initiativen arbeiten derzeit zumeist lokal begrenzt. Daneben sollen Teile der Mittel für die Initiative „Equal“ auch für die Opfer von Schleppern verwandt werden. Diese Maßnahmen ergänzen die Programme STOP und DAPHNE, die 1996 bzw. 1997 anliefen und sich gegen Menschenhandel, Gewalt gegen und sexuellen Missbrauch von Kindern, Jugendlichen und Frauen richten. DAPHNE zum Beispiel verfügt für die Jahre 2000 bis 2003 über einen Etat von 20 Millionen Euro.

Neben Präventionsmaßnahmen geht es auch um eine Zusammenarbeit der Polizei und Justizbehörden in der EU und eine Ermittlung, die sich tatsächlich auf die Täter, die oft der organisierten Kriminalität zuzurechnen sind, konzentriert. Manfred Paulus, als Hauptkommissar seit 15 Jahren mit dem Thema Menschenhandel befasst, warnt davor, in dem Deliktbereich Menschen-

handel und Zwangsprostitution die Arbeit von der Statistik oder dem schnellen Erfolg zu orientieren. In der Zeitschrift der Deutschen Polizeigewerkschaft schreibt er: „Wenn mehrere 'illegale' Frauen im Milieu angetroffen, ausländerrechtlich belangt und abgeschoben werden und wenn nach den eigentlichen Tätern im Hintergrund nicht gefragt wird, dann ergeben sich daraus statistisch zwar mehrere aufgeklärte Straftaten, die Polizei macht sich bei dieser Opferverfolgung jedoch quasi zum Handlanger Krimineller und krimineller Organisationen.“ Aus seiner Sicht ist ein Erfolg gegen den Menschenhandel in diesem Bereich nur bei personal- und zeitaufwendigen Strukturermittlungen möglich.

Der Bereich Migration und Qualifizierung des DGB Bildungswerkes wünscht allen LeserInnen ein gutes neues Jahr.

Felice Anno Nuevo,
Bonne Année
Happy New Year,
Gutes Neues Jahr
Feliz Año Nuevo,
Gelukkig Nieuwjaar
Yeni Yiliniz Kutlu Olsun
Godt Nytt Aar
Szczesliwego Nowego Roku

KOMMENTAR

Schwester Cornelia Bührle rscj,
die Migrationsbeauftragte des Berliner Erzbischofs

„Menschen ohne Aufenthaltsrecht und Duldung“



„Eine Mauer würde das Problem nicht lösen“, stellte Rita Süßmuth fest. „Die große Zahl der illegalen Zuwanderer würde trotzdem versuchen, sie zu überwinden.“ Nach einer Verschluss-Sache des Bundesnachrichtendienstes „dürften täglich mehr als 1.000 Migranten illegal in den EU-Raum gelangen.“ In Deutschland gehen begründete Schätzungen aus den Reihen der Katholischen Kirche davon aus, „dass sich die Zahl der Menschen in der Illegalität in Deutschland zwischen 500.000 und 1 Million bewegt“. Die Polizei stellte allein für Berlin fest: „Wenn wir alle Illegalen verhaften wollen, um sie abzuschieben, könnten wir das Olympiastadion füllen!“ Ungeachtet aller Unwägbarkeiten solcher Schätzungen: Es sind anerkanntermaßen auf jeden Fall beachtlich viele Menschen.

Es geht um „Menschen ohne Aufenthaltsrecht und Duldung“. Der Bundesminister des Innern, Otto Schily, räumte 2002 bei einer öffentlichen Veranstaltung an der Katholischen Akademie in Berlin ein, dass der größte Sogfaktor der immense Schattenarbeitsmarkt ist. Die Menschen suchen Arbeit, und in der Regel finden sie auch Arbeit. Die - vor allem - Dienstleistungssektoren sind nicht zuletzt auch in Kreisen des DGB hinreichend bekannt, Privathaushalte als informelle Arbeitgeber scheinen weiter steigende Tendenzen aufzuweisen. Wer auf der einstigen „Mega-Baustelle Berlin-Mitte“ inzwischen keine Arbeit mehr finden kann, hat nun die Gelegenheit, in Athen auf Olympia-Baustellen das eigene

wirtschaftliche Überleben sowie das der Familie in der Heimat zu erarbeiten.

Das Konzept der „Entwicklungshilfe“ ist gescheitert - in der alten Bundesrepublik, in der ehemaligen DDR, in der neuen Bundesrepublik Deutschland, in der EU und weltweit. Ergo: Nun kommen die wirtschaftlich Armen und erarbeiten sich ihren legitimen Anteil am globalen materiellen (Über-) Lebenspotential - auch in Deutschland, auch in Berlin. Oder warten darauf, wie z. B. auch die ungezählten afrikanischen Fußballer in Istanbul, die dort „Illegale“ sind und hoffen, als Talentierte potentiell „Legale“ entdeckt zu werden.

„Die neuen Formen an Sklaverei“, die Ausbeutung von Billigstlohn-Arbeitskraft resp. die Inanspruchnahme von Niedrigerlohn-Arbeitskraft, sind (auch) in Deutschland bestens etabliert: Staat und Gesellschaft, erst recht die Politik, wissen darum, an Nachweisen hierfür fehlt es nicht. Zwar haben irreguläre Migranten in Deutschland bestimmte Rechte - z.B. den Anspruch auf (zumindest) den vereinbarten Lohn, Ansprüche auf Leistungen des öffentlichen Gesundheitssystems, die wachsende Zahl der Kinder das Recht auf Beschulung -, doch können irreguläre Migranten diese Rechte faktisch nicht geltend machen, weil sie befürchten müssen, auf Grund weitgehender Übermittlungspflichten öffentlicher Stellen festgenommen und abgeschoben zu werden; wer ihnen in existentieller Not hilft, z.B. im Falle lebensbedrohlicher Krankheiten, riskiert, sich strafbar zu machen.

Zwar versucht die EU-Kommission, durch Vorschläge z.B. über eine „Gemeinsame Politik auf dem Gebiet der illegalen Einwanderung“ Abhilfe zu schaffen, doch beschränken sich diese Vorschläge konzeptionell auf polizeiliche Maßnahmen und solche einer Rückkehrpolitik. Von Arbeitsmarktpolitik ist jedenfalls nicht die Rede. Alle augenblicklichen Debatten in Deutschland mit den ihnen eigenen Maßnahme-Katalogen über die Sicherung der Renten, über die Schaffung von Arbeitsplätzen oder über die Steuerpolitik werden spätestens mittel- und langfristig dann ins Leere laufen, wenn nicht endlich das Phänomen der irregulären Zuwanderung enttabuisiert und politisch bearbeitet wird; hinzu treten demographische Fakten. Zu lange haben sich Europa und Nordamerika ihre wirtschaftlichen und damit sozialen Heimvorteile geschaffen. Die neue menschliche Mobilität verbunden mit den neuen Kommunikationstechnologien stellen neue Voraussetzungen dar, die zu einem Ausgleich im globalen „Gemeinwohl“ führen können und werden. Auch für Deutschland wird dies zu äußerst schmerzhaften Konsequenzen führen. Doch noch werden diese Konsequenzen politisch und gesellschaftlich verdrängt. Wer sie benennen würde, dürfte derzeit sicher sein, Wählerstimmen zu verlieren. Gottlob ist die Katholische Kirche in diesem Falle keine nur demokratisch legitimierte Einrichtung: Denn nur so kann sie ungefährdet ihre Stimme erheben.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft und Arbeit

Impressum

Herausgeber

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel: 0211-4301-141
Fax: 0211-4301-137
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Verantwortlich

für den Inhalt: Leo Monz

Koordination

Klemens Büsch

Redaktion

Bernd Mansel (Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

Layout und Satz

Th. Rubbert, Düsseldorf

Druck und Vertrieb

Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Erscheinungsweise

monatlich

Bestelladresse

Der Setzkasten GmbH,
Tel.: 0211/4080090-0, Fax: 0211/4080090-40
E-Mail: mail@setzkasten.de

